

GESETZLICHE UNFALLVERSICHERUNG

„Wir in NRW sind bereit für Reformen“

Die Unfallversicherungsträger (UV-Träger) der öffentlichen Hand in NRW sind bereit für Reformen. „Wir gestalten Prozesse um die Weiterentwicklung der gesetzlichen Unfallversicherung aktiv mit – zum Wohle von Versicherten und Beitragszahlern“, sagt Gabriele Pappai, Geschäftsführerin des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes, einem von vier UV-Trägern der öffentlichen Hand in NRW.

„Zielgenauere Leistungen, mehr Beitragsgerechtigkeit, eine straffere Organisation mit langfristigen Einspareffekten – das sind für uns in NRW nicht nur Schlagworte“, sagt Manfred Lieske, Geschäftsführer der Landesunfallkasse NRW. „Gemeinsam mit dem Land und dem Bundesverband der Unfallkassen haben wir in den vergangenen zwei Jahren erste Reformvorschläge gemacht, die in das Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingeflossen sind.“ (mehr zu den Eckpunkten auf Seite 3).

In NRW treibt seit gut zwei Jahren eine interne Arbeitsgruppe die Reformbemühungen der UV-Träger der öffentlichen Hand weiter voran. Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern der Selbstverwaltungen und der Geschäftsführun-

gen des Gemeindeunfallversicherungsverbandes (GUVV) Westfalen-Lippe, des Rheinischen GUVV, der Feuerwehr-Unfallkasse NRW und der Landesunfallkasse NRW. Erklärtes Ziel der Arbeitsgruppe ist die Bündelung von Aufgaben und eine verbesserte Steuerung von Zuständigkeiten. Von der Neuorganisation in NRW verspricht sich Manfred Lieske auch eine bessere Versorgung der Versicherten und Mitgliedsunternehmen, zum Beispiel im Bereich der Schwerstverletzten: „Wenn wir hier unseren Sachverstand noch effektiver als bisher miteinander vernetzen, können davon alle Beteiligten nur profitieren.“

Weitere Synergien ergäben sich darüber hinaus durch eine zentrale Verwaltung, die die bisherigen vier unter einem Dach vereint. Dies werde sich wirtschaftlich auszahlen.

Neben sachlichen Gründen sprächen auch fachpolitische Gründe für eine Bündelung der Kräfte der UV-Träger der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen, meinen die Geschäftsführungen der vier Träger: Gehe es nämlich darum, sich für die Versicherten und deren Belange in NRW stark zu machen, dann könne dies künftig noch gezielter, nachhaltiger und umfassender geschehen als bisher.

SERVICE

• **Noch schneller:**
infoplus gibt es auch per Mail als PDF. Bestelladresse: infoplus@kompact.de



Start

Helmut Etschenberg,
Sprecher der
Unfallversicherer
der öffentlichen
Hand in NRW

Erfolgreiches Engagement

Die gesetzliche Unfallversicherung (GUV) ist ein System mit Zukunft. So sieht es die Bund-Länder-Arbeitsgruppe in ihrem Eckpunktepapier zur Reform der GUV. Das ist auch die Position der Unfallversicherer der öffentlichen Hand in NRW. Bewährte Grundprinzipien zukunftsfähig zu machen – Ablösung der Unternehmerhaftpflicht, Prävention, Rehabilitation und Entschädigung aus einer Hand sowie Beteiligung der sozialen Selbstverwaltung – bedeutet aber auch, reformbereit zu sein und sich zielgerichtet weiterzuentwickeln. Dieser Diskussion um die Weiterentwicklung haben wir uns frühzeitig gestellt und die Reformbestrebungen mit eigenen Empfehlungen fortentwickelt. Aus NRW kamen zum Beispiel die Vorschläge, das derzeitige Rentensystem zielgenauer und gerechter zu gestalten. Diese Anregung wurde im Eckpunktepapier berücksichtigt. Wir nehmen auf Landes- und auf Bundesebene unseren Auftrag ernst und belegen mit unseren guten Zahlen, dass die GUV effizient und leistungsfähig arbeitet.

In diesem Sinne Ihr

Helmut Etschenberg

NRW-UNFALLVERSICHERER

Neuer Sprecher

■ Helmut Etschenberg, Vorstandsvorsitzender des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes, ist neuer Sprecher des Koordinierungsrates der UV-Träger der öffentlichen Hand in NRW. Er löst turnusmäßig Bernd Vallentin (Landesunfallkasse) ab.

www.rguvv.de

FEUERWEHREN

FUK als Partner

■ Die Feuerwehr-Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (FUK NRW) wurde als Partner der Feuerwehren gewürdigt. Walter Jonas, Präsident des Landesfeuerwehrverbands, überreichte die Urkunde mit der Auszeichnung an Johannes Plönes, Geschäftsführer der FUK NRW.

www.fuk-nrw.de

BEHÖRDEN

Institut aufgelöst

■ Das Landesinstitut für Schule in Soest wird – wie weitere 36 Landesbehörden – zum 1. Januar 2007 aufgelöst. Damit will die Landesregierung Strukturen straffen. Die Aufgaben des Instituts werden zum Teil ins Ministerium für Schule und Weiterbildung verlagert.

www.presservice.nrw.de

Drei Fragen an

BENCHMARKING

NRW-Träger sind Vorreiter



Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW

Selbstverwalten heißt mitgestalten

Wie bewerten Sie generell die Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung (GUV)?

Die Eckpunkte entsprechen den Vorgaben im Koalitionsvertrag: Die Organisation wird gestrafft; Leistungen werden zielgenauer erbracht. Aus meiner Sicht stellen die Eckpunkte eine gute Grundlage dar, damit jetzt der Gesetzentwurf in Abstimmung mit den Ländern zügig vorgelegt werden kann. Ich bin optimistisch, auf dieser Basis die Unfallversicherung zukunfts-fest gestalten zu können.

Was bedeutet dies in Nordrhein-Westfalen?

Natürlich bedeutet dies auch Veränderungen in Nordrhein-Westfalen. Wir sind aber gut darauf vorbereitet. Ich habe bereits meine Unterstützung für die Fusion zu einem Träger der öffentlichen Hand in NRW deutlich gemacht und unterstreiche dies an dieser Stelle gerne noch einmal.

Setzen Sie bei den nächsten Schritten weiter auf die Selbstverwaltung der gesetzlichen Unfallversicherung?

Selbstverwalten heißt für mich verantwortliches Mitgestalten. Gerade in solch einer Umbruchphase zeigt sich nach meiner Auffassung die Qualität dieses Prinzips. Deshalb setze ich weiterhin auf die Selbstverwaltung, den anstehenden Reformprozess zu begleiten und im Sinne der Versicherten zu optimieren.

Prozesse verschiedener Akteure systematisch miteinander vergleichen, um am Ende vom jeweils Besten zu lernen, das ist Benchmarking. Diese betriebswirtschaftliche Methode zur Messung von Leistungsfähigkeit ist im öffentlichen Dienst noch die Ausnahme. Die Unfallversicherungsträger (UV-Träger) der öffentlichen Hand in NRW praktizieren Benchmarking schon seit Jahren erfolgreich.

In der gesetzlichen Unfallversicherung (GUV) beteiligt sich etwa ein Drittel aller Träger (Berufsgenossenschaften und UV-Träger der öffentlichen Hand) an Benchmarking-Prozessen, schätzt Dr. Hilmar Schmidt. Er leitet beim Unternehmensberater „Horváth & Partners“ das Stuttgarter Büro und ist Branchenverantwortlicher für die gesetzliche Sozialversicherung. Im Bereich der GUV hat Schmidt Benchmarking für die

„Berufliche Rehabilitation“ und für die „Leichtfallsachbearbeitung“ begleitet. „Wer vom Besten in punkto Qualität und Wirtschaftlichkeit lernen will, muss manchmal auch schmerzhaft Erfahrungen machen“, so Schmidt. So habe sich beispielsweise gezeigt, dass sich bei der Bearbeitung vergleichbarer Fälle bis zu 40 Prozent der Kosten einsparen ließen, ohne dass die Qualität darunter leide. Wenn es darum gehe, betriebswirtschaftliche Methoden anzuwenden, um effizienter, wirtschaftlicher und kundenorientierter zu arbeiten, dann „gehören die vier UV-Träger

der öffentlichen Hand in NRW mit zu den Vorreitern in der gesetzlichen Unfallversicherung“, so Schmidt.

Um ihre Geschäftsprozesse weiter zu optimieren, arbeiten derzeit bundesweit elf UV-Träger im Benchmarkingclub mit, darunter der Rheinische Gemeindeunfallversicherungsverband.

Dr. Dietmar Bräunig, Professor für Management personaler Versorgungsbetriebe an der Justus-Liebig-Universität Gießen, und sein Mitarbeiter Dr. Björn Maier begleiten den Benchmarkingclub wissenschaftlich. Vom ersten Projekt, der Berufshilfe, liegen schon Ergebnisse vor: In neun von zehn Fällen war die Wiedereingliederung von Versicherten nach einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit erfolgreich. Maier: „Benchmarking betrachtet die Prozesse jedoch ganzheitlich. Wichtig sind neben den Kosten auch die Qualität und die Wirkung der Dienstleistung. Das ist das Besondere bei unserem Benchmarking.“ Zurzeit werten die Wissenschaftler das zweite Projekt, medizinische Reha, aus.

Wie reformfähig die GUV ist, zeige sich gerade durch den Benchmarkingclub, so Bräunig: „Wer hier mitmacht, versteht sich als moderner Dienstleister für seine Versicherten und stellt sich dem Vergleich mit anderen – freiwillig und hochmotiviert.“

SERVICE

• **Kontakt:**
Dr. Hilmar Schmidt per E-Mail: hilmar.schmidt@horvath-partners.com
Mehr zum Benchmarkingclub im Internet unter: www.benchmarkingclub.de

BERUFSFEUERWEHR

Feuerwehrbeamte wollen Rehaservice

Das gesteuerte Heilverfahren für Freiwillige Feuerwehrleute durch die Feuerwehr-Unfallkasse (FUK) Nordrhein-Westfalen ist für Stephan Neuhoff vorbildlich. Neuhoff, NRW-Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF), ist Leiter der Berufsfeuerwehr Köln. Er und seine AGBF-Kollegen fordern ein besseres Unfallmanagement für Feuerwehrbeamte. Im Gegensatz zu ehrenamtlichen Feuerwehrleuten,

die bei der FUK versichert sind, haben hauptamtliche Feuerwehrbeamte bei Dienstunfällen keinen Anspruch auf ein gesteuertes Heilverfahren durch ihren Dienstherrn, sondern lediglich auf eine Erstattung der Behandlungskosten. „Gerade bei schlimmen Unfallfolgen, etwa schweren Verbrennungen oder Rückenverletzungen, ist es sinnvoll, dass der Verletzte automatisch und sofort von einem erfahrenen Rehamanager begleitet wird“,

sagt Neuhoff. Wünschenswert wäre es, wenn auch hauptamtliche Feuerwehrleute hier auf die Erfahrung der Fachkräfte der FUK zurückgreifen könnten. Gleiches gelte für die Unfallverhütung, die die FUK für ihre Versicherten landesweit auf hohem Niveau betreibt. Die Präventionsmaßnahmen für Beamte wiesen im Vergleich dazu Lücken auf. Forderungen, diese zu schließen, liefen angesichts leerer kommunaler Kassen häufig ins Leere.

ECKPUNKTE ZUR REFORM

Gute Aussichten fürs bewährte System

„Das System der gesetzlichen Unfallversicherung hat sich bewährt“, das unterstreicht die Bund-Länder-Arbeitsgruppe in ihrem Eckpunkte-Papier zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung (GUV). Durch eine straffere Organisation und zielgenauere Leistungen soll die GUV effektiver arbeiten und dadurch fit gemacht werden für die Zukunft.

In ihrem Beschluss vom 29. Juni 2006 hält die Bund-Länder-Arbeitsgruppe an vielen GUV-Prinzipien fest, unter anderem an der Ablösung der Unternehmerhaftpflicht, an Prävention, Rehabilitation und Entschädigung aus einer Hand sowie an der Beteiligung der Selbstverwaltung. Beibehalten wollen Bund und Länder auch die Schülerunfallversicherung und den Wegeunfallschutz.

Einigkeit besteht darüber, dass die GUV reformiert und

weiterentwickelt werden soll. So wollen Bund und Länder die Zahl der Unfallversicherungsträger reduzieren. Beim Rentensystem der GUV soll durch zielgenauere Leistungen mehr Gerechtigkeit geschaffen werden. Damit folgt die Arbeitsgruppe Empfehlungen der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand. Sie haben vorgeschlagen, vom Prinzip der abstrakten Schadensbemessung abzurücken und zwischen dem Ersatz des immateriellen Schadens als Integritätsausgleich und dem Ersatz des Erwerbsschadens zu unterscheiden. Letzterer dürfe nur dann entschädigt werden, wenn er auch entstanden ist.

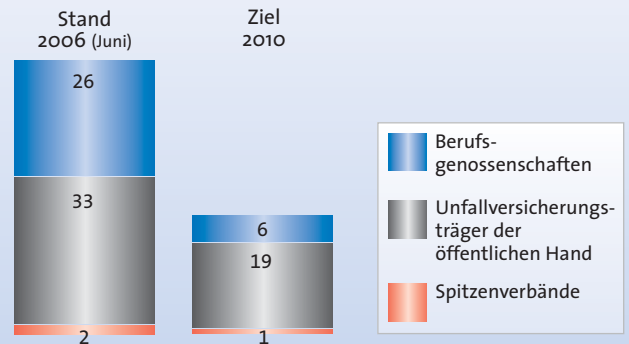
Überlegungen, die GUV zu privatisieren, werden dabei als ungeeignet angesehen. Wer glaube, dass private Unternehmen die gesetzliche Unfallversicherung in Bezug auf Verwaltungskosten wirtschaftlicher führten, berücksichtige nicht, „dass Kosten-

SERVICE

• „Eckpunkte zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung“, Beschluss der Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 29.06.2006 – als PDF zum Download unter: www.rguvv.de

Zum Thema

Bund und Länder wollen Fusionen



Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe will die Effektivität der gesetzlichen Unfallversicherung durch straffere Organisation und Zusammenschlüsse der Unfallversicherungsträger (UVT) verbessern. So sollen zum Beispiel die 33 UVT (Stand: Juni 2006) der öffentlichen Hand auf 19 reduziert werden: auf 16 landesunmittelbare (pro Bundesland ein UVT der öffentlichen Hand) und maximal drei bundesunmittelbare Träger. Zu letzteren gehören die Unfallkassen von Bund, Post und Telekom, Eisenbahn. Weitere länderübergreifende Zusammenschlüsse werden angestrebt. Quelle: „Eckpunkte zur Reform...“

vorteile durch die Entnahme der Gewinne für die Eigentümer sowie die Ausgaben für notwendige Werbung wieder aufgezehrt würden“, heißt es dazu im Eckpunktepapier.

Für private Versicherer seien außerdem die Risiken von Berufskrankheiten schwer zu

kalkulieren. Sie könnten daher eine Versicherung dieses Risikos nicht anbieten.

Auf Basis dieses Eckpunkte-papiers arbeitet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nun an der Weiterentwicklung der gesetzlichen Unfallversicherung.



Anke Dickmann (35), Diplom-Verwaltungsbetriebswirtin beim Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverband

Was macht eigentlich ...

... eine Controllerin?

Beim Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverband (GUVV) kümmere ich mich hauptsächlich um die Kosten- und Leistungsrechnung und das Controlling. Anhand von anonymisierten Versichertendaten untersuche ich beispielsweise, in welchen Bereichen die Ausgaben im Vergleich zum Haushaltsplan oder zum Vorjahr überdurchschnittlich gestiegen sind. Diese „auffälligen“ Daten analysiere ich und liefere Erklärungen für die jeweiligen Kostenentwicklungen. Wenn ich zum Beispiel auf gestiegene Ausgaben für die

Krankenhausbehandlung stoße, untersuche ich mögliche Gründe dafür. Sind die Behandlungen teurer geworden? Wurden mehr Versicherte im Krankenhaus behandelt?

Als Ergebnis meiner Analyse gebe ich Auszüge aus Datenbeständen an die zuständigen Fachabteilungen weiter. Diese prüfen dann im Einzelfall, warum höhere Ausgaben entstanden sind. Wichtig ist, Kostensteigerungen frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig gegensteuern zu können. Dazu liefere ich Vorschläge und stelle Prognosen für die Zukunft auf.

Bei meiner Arbeit geht es aber nicht nur um Kosteneinsparungen – ich achte auch auf die Qualität der Leistungen. Daneben gehört es zu meiner Aufgabe, die Kennzahlen des Rheinischen GUVV – zum Beispiel die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten – mit denen anderer Verbände zu vergleichen.

Außerdem arbeite ich im Benchmarkingclub mit. Darüber hinaus bin ich an Projekten beteiligt. Dabei geht es zum Beispiel um Stellenmessungen, Eingruppierungen oder neues Tarifrecht.

Personalien



Barbara Erdmann (41) ist seit 15. April 2006 Leiterin der Abteilung Recht und Personal beim Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverband. Die Juristin begann ihre Tätigkeit beim Verband 1997 als Referentin der Geschäftsführung und übernahm 1998 zusätzlich den Bereich Selbstverwaltung. Von Anfang 2000 bis Mitte April 2006 war sie stellvertretende Leiterin der Abteilung Grundsatz, Recht und Planung.

Dr. Wolfgang Kirsch (56) ist neuer Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL). Zuvor war der Jurist von 1999 bis Juni 2006 Landrat des Kreises Warendorf sowie Vorsitzender der CDU-Fraktion in der LWL-Landschaftsversammlung. Von 1987 bis 1999 hatte er das Amt des Oberkreisdirektors im Kreis Warendorf inne. Eine weitere berufliche Station von Dr. Kirsch war unter anderem die Tätigkeit als Stadtdirektor der Stadt Wipperfürth.



BEDARF ERMITTELT

Personalplanung auf sichere Basis gestellt

Wie stellt man sicher, dass sämtliche Aufgaben eines Verbandes in angemessener Zeit erledigt werden – ohne dass einige Mitarbeiter zu stark und andere zu wenig belastet werden? Dieses Ziel hat der Gemeindeunfallversicherungsverband (GUVV) Westfalen-Lippe mit Hilfe einer Personalbedarfsermittlung erreicht.

■ Um den Personalbedarf exakt zu bestimmen, wurden die Zahl und der zeitliche Aufwand von allein 7.000 Einzelaufgaben gemessen. Mit Hilfe einer speziellen unterstützenden Software dokumentierte jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter in einem Bemessungszeitraum, wie lange sie für die Erledigung der jeweiligen Aufgaben benötigten und wie oft sie diese Aufgaben ausführten – zum Beispiel die Bearbeitung von Unfallanzeigen. „Bei häufig anfallenden Arbeiten war die Ermittlung des Personalbedarfs einfacher als bei Aufgaben, die selten vorkommen“, erklärt

Projektleiter Manfred Alsmann. Um deren Dauer und Menge festzustellen, wurden Erhebungsinterviews durchgeführt.

„Mit der Personalbedarfsermittlung haben wir die Stellenplanung des GUVV Westfalen-Lippe auf eine wissenschaftlich gesicherte Basis gestellt“, sagt Alsmann. „Wir haben die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Verbandes nachgewiesen und eine Grundlage geschaffen, unseren Personaleinsatz für die Zukunft zu optimieren.“ Möglich ist nun auch, den Personalbedarf schnell an veränderte Arbeitssituationen anzupassen.

In das Projekt wurden Mitarbeiter und Führungskräfte sämtlicher Geschäftsbereiche eingebunden. Die Mitglieder der Personalvertretung, die Gleichstellungsbeauftragte und die Vertrauensperson der Schwerbehinderten nahmen regelmäßig an den Projektgruppensitzungen teil. „Dies erklärt die hohe Akzeptanz des Projektes im GUVV Westfalen-Lippe“, sagt Alsmann, „der Aufwand hat sich in jedem Fall gelohnt.“

FEUERWEHR

Bunte Schläuche, weniger Unfälle

Die Feuerwehr-Unfallkasse (FUK) NRW will die Sicherheit bei der Feuerwehr erhöhen. Deshalb testet sie gemeinsam mit dem Institut der Feuerwehr (IdF) den Einsatz farbiger Schläuche.

■ Ausgerollte Feuerwehrschläuche sind potenzielle Stolperfallen – das belegen Auswertungen zahlreicher Unfälle, die der FUK NRW jedes Jahr gemeldet werden. Besonders die gängigen weißen Feuerwehrschläuche werden in der Hektik eines Einsatzes oder bei schlechter Sicht oft zu spät gesehen. Durch den Einsatz von Schläuchen in Signalfarben will die FUK NRW das Unfallrisiko mindern. Zunächst wurden Löschfahrzeuge, die bei speziellen Lehrgängen am IdF benutzt werden, mit signalgelben Schläuchen ausgerüstet. Seit Anfang 2006 werden die Teilnehmer des Lehrgangs, die mit diesen Schläuchen geübt haben, über ihre Erfahrungen befragt. Als nächstes soll der Einsatz von Schläuchen in den Warnfarben gelb/schwarz getestet werden.

Ihr Draht zur infoplus-Redaktion:
Tel.: 0228 84900-241, E-Mail: infoplus@kompart.de

TERMINE

- „Auszubildende als Wissensarbeiter im Unternehmen“ – dies ist das Motto einer Tagung am 23. Oktober 2006 in Dortmund. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin veranstaltet sie im Rahmen der „Europäischen Woche 2006“. www.europaeischewoche-baua.de
- Am 30. November 2006 findet im Eurogress Aachen die Fachtagung „Straßenbetriebsdienst – aber sicher!“ statt. Dabei informiert der Rheinische Gemeindeunfallversicherungsverband über neue Erkenntnisse, wie die Gefahren und Belastungen von Beschäftigten kommunaler Baubetriebshöfe und Straßenmeistereien reduziert werden können. www.guvv.de

Impressum

Herausgeber: Koordinierungsrat der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in NRW – Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband, Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe, Landesunfallkasse NRW, Feuerwehr-Unfallkasse NRW
Verantwortlich: Gabriele Pappai, Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband, Heyestr. 99, 40625 Düsseldorf
Redaktion: Claudia Schmid (verantw.), Anne Gärtner, H.-B. Henkel-Hoving
Verlag: KomPart Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Postfach 200652, 53136 Bonn, Tel.: 0228 84900-0, Fax: 0228 84900-20, E-Mail: verlag@kompart.de
 Druck: Albersdruck, Düsseldorf